

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener-Verlag
Verlagsnummer 25 241
Nur für Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 50.-, oder durch die Post bei täglich zweimaliger Versand monatlich M. 50.-, aber durch die Post bei täglicher Zustellung monatlich M. 50.-, Familien-Anzeigen unter 20 Zeilen und Werbungsanzeigen, 15 tägliche und 20 % Nachschlag, Druckgebühren laut Tarif, Anzeigen für die Verbandszeitung, Einzelnummer M. 2.-, Sonntagsausgabe M. 3.-.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle:
Marianstraße 36/40.
Druck u. Verlag von Heyfisch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Belvedere Hotel u. Blesch
Brühlsche Terrasse
Kleinkunstabühne
4 Uhr Täglich 8 Uhr
Brosche Elber-Orchester-Konzerte

Hotel u. Blesch
4-7 Uhr und 8-12 Uhr:
Konzerte
Weinrestaurant — Bar
Frühstückstube

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

Ernst Lange
Koffer- u. Taschenfabrik
König Johann-Str. Pirnaischer-Platz

26 Prager Straße **Elegantes Reisegepäck** **Adolf Näfer** **Feinste Lederwaren** Prager Straße 26

Die Zusicherungen an Bayern.

Befriedigung der bayerischen Regierung.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

München, 23. Aug. Die bayerische Staatsregierung hat gegen 6 Uhr abends ein eingehendes Communiqué über die Berliner Verhandlungen herausgegeben. Die Abschnitte 1, 2, 3 und 4 betreffen sich mit dem bereits Bekanntem und im Berliner Protokoll festgelegten. Der Abschnitt 5 bringt die neuen Zusicherungen, die Bayern bei den letzten Verhandlungen erreicht hat. Sie lauten:

1. Beim Staatsgerichtshof wird ein süddeutscher Senat gebildet. Die Ernennung seiner Mitglieder erfolgt nach Benehmen mit den beteiligten Landesregierungen. Ihm werden drei bayerische Laienrichter und eine entsprechende Zahl bayerischer Reichsgerichtsräte angehören. Als Laienrichter können ausschließlich oder zum Teil Personen vorgeschlagen werden, die die Befähigung zum Richteramt besitzen. Der Senat kann auf Grund eigenen Beschlusses nach Belieben auch in einem süddeutschen Orte tagen.

2. In den Fällen, in denen die Zuständigkeit des süddeutschen Senats gegeben ist, wird das Vorgehen der Landesregierung oder auf deren Anregung ausgeübt.

3. Nach Zustimmungsabgabe mit der bayerischen Regierung wird ein bayerischer Beamter zur Reichsanwaltschaft als Referent des Oberreichsanwalts für bayerische Sachen bestellt.

4. Es wurde neuerdings mit Nachdruck betont, daß die Überweisung der Strafsachen an die ordentlichen Gerichte die Regel bilden werden. Die bayerischen Staatsanwälte werden angewiesen werden, bei Vorlage der Akten an den Oberreichsanwalt sich darüber zu äußern, ob sich eine Sache zur Behandlung durch den Staatsgerichtshof oder durch die ordentlichen Gerichte eignet. Diese Anmerkungen werden von der Oberreichsanwaltschaft sachgemäß berücksichtigt werden.

5. Weder die Reichsregierung noch die Landesregierung darf auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofes in Verwaltungsakten irgend welchen Einfluß nehmen.

6. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches, die Staatspersönlichkeit und die Hoheit der Länder werden neuerdings anerkannt. Es wird wiederholt zugesagt, daß das Reich die Souveränität der Länder nicht unter Abänderung der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Reiches antasten darf. Darüber hinaus wird zugesichert, daß die

Reichsregierung nicht willens sei, bisherige Aufgaben der Länder in die Verwaltung des Reiches durch neue Reichsmittel oder Reichsunterbehörden zu übernehmen. Zum Schluß heißt es in der offiziellen Darlegung, daß mit diesem neuerlichen Ergebnis die bayerische Staatsregierung befriedigt ist, daß sie aber nach wie vor ausdrücklich in Berlin erklärt habe, daß sie die Zusicherung verweigert und daß nur volle Befriedigung durch die Aushebung der Besetzung geschaffen werden kann.

Die „Bayr. Sp. Kor.“ erklärt heute zur Beendigung des Streites zwischen München und Berlin: Bayern hat vorerst einen Erfolg im Vorfeld errungen. Die Hauptintention des Antiarismus, aus der er seine Kraft schöpft, die Weimarer Reichsverfassung, liegt noch unverändert da. Solange sie nicht in föderalistischem Sinne revidiert ist, haben alle Vereinbarungen mit der Reichsregierung, auch wenn sie noch weiter gingen als die bisherigen, nur einen außerordentlich beschränkten Wert. Es ist fraglich, ob sich bei einem nochmaligen Anlaß die Dinge in Bayern zu einem friedlichen Ende führen lassen können.

Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs.

Berlin, 23. August. Der Reichsjustizminister hat den auf Grund des Gesetzes vom 21. Juli d. J. zu bildenden Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik mit Wirkung vom 1. September d. J. ab errichtet. Es sind ernannt zu Mitgliedern des Staatsgerichtshofs: Senatspräsident Dr. Gaugers als Vorsitzender, die Reichsgerichtsräte Dr. Baumgarten und Doehm, der Universitätsprofessor Dr. van Calker, Reichsanwalt a. D. Fehrenbach, Landtagsabgeordneter Hartmann, der württembergische Gesandte Hildebrandt, der Verbandsvorsitzende Jädel und Herr Müller, Potsdam. Zu stellvertretenden Mitgliedern wurden ernannt: Senatspräsident Dr. Schmidt und Reichsgerichtsrat Niedner, als stellvertretende Vorsitzende Reichsgerichtsräte Adolf Müller, Dr. Nieland und Keller, der Abgeordnete Aufhäuser, der Verbandsvorsitzende Brandis, der Mediziner Joss, der Kreishauptmann Lange, der Staatsminister a. D. Meinde-Blod, der Staatsminister a. D. Reinhold und Reichswirtschaftsminister a. D. Wiffell. Zum Untersuchungsrichter und zugleich zum Ermittlungsrichter beim Staatsgerichtshof sind der sächsische Landgerichtsrat Dr. Richter und der preussische Kammergerichtsrat Wolf bestellt.

Die Sozialdemokratie und der Kampf gegen Versailles.

Die von Tag zu Tag sich verschlechternden Wirtschaftsverhältnisse bringen es mit sich, daß das Interesse des Volkes an den politischen Gründen seiner Not immer größer wird. Im ersten und auch noch im zweiten Jahre nach dem Kriege konnte es einer verlogenen Agitation gelingen, für die Ansicht Anhang zu werben, wachsende Teuerung, zunehmende Verelendung der Massen leiteten sich vom kapitalistischen System her, das es mit allen Kräften zu bekämpfen gelte. Nachdem aber allerlei Sozialisierungsversuche bei uns und im benachbarten Westeuropa die Unproduktivität der sozialistischen Theorien klar erwiesen hatten, nachdem vor allem jene Kleinparteien im Mutterlande der Sozialisierungs- und Kommunisierungsexperimente, in Rußland, erfolgt war, bahnte sich bei uns auch in den handarbeitenden Schichten des Volkes so etwas wie eine Umkehr, der Versuch eines tieferen Eindringens in die Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft an, die schließlich zu der Erkenntnis führten, daß nicht das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem es waren und sind, die uns nicht wieder emporkommen lassen, sondern der uns aufgezogene Versaillesvertrag. Es war entschieden erfreulich, zu beobachten, wie einzelne ganz einfache Leute, die von ihren Parteien lebenslang zum Glauben an die Heiligkeit der Internationale und an die abgefagte Boshheit des Kapitalismus angehalten worden waren, ins Geheime gezogen, ganz offen bekundeten, daß ihrer Auffassung nach alles Unheil, alle Not im deutschen Volke gegenwärtig auf den Vertrag von Versailles und auf die haltstarre Haltung der Franzosen zurückzuführen seien. Je mehr diese einsam richtige Auffassung an Boden gewann, desto günstiger wurden die Voraussetzungen für den unbedingt notwendigen moralischen Kampf der Allgemeinheit gegen jenes rachsüchtige Diktat, dessen wirtschaftliche Auswirkungen uns bis in die kleinsten Alltagsleben hinein verfolgen. Gleichzeitig öffnete sich endlich eine Aussicht, das in Parteienkampf versaffende Volk unter dem Banner einer mächtvollen gemeinsamen Idee sich innerlich zu einer geschlossenen Volksfront einigen zu sehen, die den Kampf gegen Versailles vielleicht einmal überdauern und der späteren Entwicklung der Nation förderlich werden würde. Und wenn der Weg bis zur Verwirklichung dieses Heiles auch noch so weit und so dornenvoll wäre, so müßte doch alles getan werden, es zu erreichen. Das ist die Auffassung aller derer, denen das Vaterland über alles geht. Sie wissen, daß kein persönliches Opfer zu schwer, kein parteipolitisches Hindernis unumgänglich sein darf, wenn eine feste, dauerhafte nationale Volksgemeinschaft ins Leben treten soll. Freilich ist die Zahl dieser tiefinnerlich überzeugten Anhänger des deutschen Gedankens noch eine geringe. Der einzelne Mann aus dem Volke mag die Schädlichkeit des Versailler Vertrags einsehen gelernt haben, mag wissen und spüren, daß jeder von uns unter den Vertragsbestimmungen schwer leidet, und der Überzeugung sein, daß dieses Diktat beseitigt werden muß. Das hindert ihn aber nicht, in der Masse gegebenenfalls dem offenen Bekenntnis dieser Überzeugung den Gesang der Internationale folgen zu lassen. „Deutschland, Deutschland über alles!“ — und einen Augenblick später: „Die Internationale“, so wie es am Verfassungskomitee nach der Rede des Reichspräsidenten vor dem Reichstagsgebäude geschah. So recht ein Spiegelbild der Seele des deutschen Arbeiters sozialistischer Parteizugehörigkeit, auf der einen Seite deutsch, in den Zusammenhängen seiner deutschen Stammeszugehörigkeit lebend, fühlend, wollend, auf der anderen dem bleiernen Zwang einer jahrzehntelangen Tradition seiner Berufs- und Gesellschaftsrechte folgend international; auf der einen Seite als Glied des vom Versailler Vertrag unterdrückten deutschen Volkes Teil des Versailles, auf der anderen als Internationalist mit Millionen der Interdrückten verbrüderter und sympathisierender. Es ist klar, daß bei einer solchen verworrenen activen Einstellung eines großen Volksteils der Weg bis zur „Einheitsfront gegen Versailles“, die eine Anzahl nationaler Verbände sich unlängst durch einen Aufruf zu fördern bemüht, noch weit ist. Ebenso klar aber ist es, daß wir diesen Weg als den einzigen, der uns helfen kann, beschreiten und daß wir die Halbheit zerhören müssen, die in dem Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zum Versailler Vertrag zum Ausdruck kommt.

Die Sozialdemokratie hätte es an sich leicht, nach all den Wandlungen, die ihre Stellung zum Versailler Vertrag durchgemacht hat, nun auch noch die letzte Konsequenz zu ziehen mit der Erklärung, daß sie sich von Anfang an auf Grund falscher Voraussetzungen zu einem vollkommen verfehlten Verhalten diesem Vertrag gegenüber hat verhalten lassen. Sie hätte gemeint, die internationale Arbeiterschaft aller Länder würde nach dem Zusammenbruch des Krieges ihren Einfluß mit Erfolg dahin geltend machen, daß ein für alle Teile gerechter und erträglicher Friede zustande käme. In Tode erschrocken, mußten ihre Vertreter in Ministerräten im Mai 1919

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission.

Die Hartnäckigkeit der Reparations-Unterhändler.

Die „Pländer“ sind Minimalforderungen.

Berlin, 23. August. Wie die Dena berichtet, steht man in den der Reparationskommission naheliegenden Kreisen die Tage als wenig aussichtsreich an. Eine positive Ansicht auf Verhandlung habe sich bisher noch nicht ergeben, da ein Moratorium ohne ausreichende Pfänder nicht in Frage kommen dürfte. Ueber die Form dieser Pfänder mit der deutschen Regierung eine Verständigung zu erzielen, sei die Aufgabe der beiden Delegierten Bradbury und Maucelere. Die Pfänder selbst seien nach Ansicht der Reparationskommission das geringste, was überhaupt gefordert werden könnte. Ein Verzicht darauf komme nicht in Frage. Man sei sich, berichtet die Dena weiter, in diesen Kreisen auch darüber klar, daß Deutschland mit einem kurzfristigen Moratorium wenig gedient wäre, wenn nicht durch eine internationale Anleihe schnell die nötigen Zahlungsmittel herbeigeholt werden würden. Ein langfristiges Moratorium könne aber schon deshalb nicht in Frage kommen, weil weder Frankreich, Italien, noch Belgien Ordnung in ihre Finanzen bringen könnten ohne die deutschen Reparationszahlungen.

Noch immer Vorverhandlungen.

Berlin, 23. August. Nach der „Voss. Ztg.“ haben die Delegierten der Reparationskommission bisher sehr unrisikoreiche Vorschläge noch nicht gemacht. Ueber die sogenannten produktiven Pfänder, die nach den Londoner Forderungen des französischen Ministerpräsidenten die Voraussetzung für die Gewährung eines kurzen Moratoriums sein sollen, sei zwischen den beiderseitigen Unterhändlern eine Vereinbarung noch nicht getroffen worden. Die bisherigen Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission seien aufsehenerregend über eine allgemeine Erörterung des Reparationsproblems, der deutschen Finanzlage, der Kohlen- und Holzlieferungen und des Clearingverfahrens noch nicht hinausgegangen. Es liegt daher vorläufig kein Grund vor, den weiteren Verhandlungen eine optimistische oder pessimistische Prognose zu stellen.

In einer Geseßbesprechung, die heute unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattfand, sind die bisherigen Ergebnisse der Konferenz mit den Beauftragten der Reparationskommission erörtert worden. Um 5 Uhr nachmittags fanden sich Bradbury und Maucelere wieder beim Reichskanzler ein, um die gestern unterbrochene Diskussion fortzusetzen.

Angünstige Aussichten.

London, 23. August. In hiesigen politischen Kreisen werden die Aussichten einer Verständigung in der Reparationsfrage heute wieder ungünstig beurteilt. Dies ist weniger auf die Rede Poincarés in Paris zurückzuführen, als auf die Berichte, die aus Berlin eingegangen sind. Positive Nachrichten über den Entwicklungsgang der Besprechungen des englischen Vertreters der Reparationskommission mit dem deutschen Kabinett liegen zwar noch nicht vor, doch wird angenommen, daß die Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind, größer sind, als man ursprünglich glaubte.

Teilnahme Frankreichs an der Kali-Industrie als Pfänderertrag.

(Eigener Nachrichtenbericht der Dresdner Nachrichten.)
Paris, 23. August. Die Nachrichten, die über die Verhandlungen der Reparationskommission in Berlin hier einlaufen, sind sehr spärlich. Immerhin will man an offizieller Stelle wissen, daß der deutsche Unterstaatssekretär Ulrich im Verlaufe der Verhandlungen einen bereits früher einmal behandelten deutschen Plan vorgelegt habe. Man denke augenblicklich daran, ob es nicht möglich sei, die im Anhang gezeichneten Pfänder durch eine Teilnahme Frankreichs an der deutschen Kali-Industrie und an einzelnen Erzeugnissen zu ersetzen.

Einstellung des deutsch-holländischen postalischen Geldverkehrs.

(Eigener Nachrichtenbericht der Dresdner Nachrichten.)
Haag, 23. Aug. Laut amtlicher Mitteilung der holländischen Postverwaltung ist der postalische Geldverkehr zwischen Holland und Deutschland und umgekehrt eingestellt. Es können von jetzt ab keine Postanweisungen, Rechnungen, Tratten und Quittungen, auch keine Pakete mit Nachnahme mehr verandt werden. Ueber die Ursache der Einstellung ist nichts bekannt.

Aufhebung der Restriktionen?

London, 23. Aug. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet: Es ist wahrscheinlich, daß die Kürzungen gegen Deutschland in Einkaufsordnungen beschlossenen Maßnahmen demnächst aufgehoben werden. (WZ.)

Dollar (Freiverkehr): 1460